

*Aufgearbeitet wäre die Vergangenheit erst dann, wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären.
Nur weil die Ursachen fortbestehen, ward sein Bann bis heute nicht gebrochen.
(Theodor W. Adorno, „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit“ [1959])*

*Make America great again!
(Wahlkampfeslogan der Kampagne von Donald Trump)*



Make the military great again? Make intelligence even greater?

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder des FIF,

nun ist es passiert. Nachdem wir uns wochenlang in Sicherheit gewiegt hatten, es würde schon nichts schiefgehen, hat die US-amerikanische Bevölkerung den Immobilien-Tycoon und Rechtspopulisten Donald Trump zum neuen Präsidenten gewählt.

Während seine Anhänger:innen triumphieren, herrscht bei seinen Gegner:innen blankes Entsetzen. Über die Gründe für diesen Wahlausgang wird es in den nächsten Wochen und Monaten sicherlich umfangreiche Untersuchungen geben. Es nützt nichts, darauf zu verweisen, dass Trump die *popular vote* – wie auch bereits 2000 George W. Bush gegen Al Gore – verloren hat, also insgesamt weniger Stimmen erhielt als Hillary Clinton, und lediglich aufgrund des US-amerikanischen Systems des *electoral college* die Wahl gewinnen konnte. Es ist angesichts unterschiedlicher politischer Kulturen wohl schwierig, die Gründe für den Ausgang der Wahl von Europa aus einzuschätzen; die Frage stellt sich dennoch, ob die *Demokratische Partei* gut beraten war, eine Kandidatin aufzustellen, die neben ihrer unbestrittenen Kompetenz für das Amt auch mit einer Reihe von Skandalen in Verbindung steht. Wollte man hier mit dem Kopf durch die Wand?

Vergessen wir aber nicht, dass auch in Europa der Rechtspopulismus auf dem Vormarsch ist. Großbritannien mit dem *Brexit*, Ungarn, Polen, Österreich sind beredte Beispiele dafür. Und – machen wir uns nichts vor – dass die AfD bundesweit derzeit bei ca. 12-15% stagniert, liegt wohl auch daran, dass sie (bisher) keine überzeugende Führungspersönlichkeit präsentieren kann. Das kann sich ganz schnell ändern.

Einen wichtigen Aspekt des Wahlausgangs behandelt *Trevor Timm* in der Kommentarspalte des *Guardian*: „*Obama has handed a surveillance state and war machine to a maniac*“, schreibt Timm und fährt fort: „*instead of dismantling the surveillance state and war machine, the Obama administration and Democrats institutionalised it*“. Auch wenn man sich der Titulierung *Maniac* nicht anschließen möchte: Regierungen sind nicht nur dafür verantwortlich, was während ihrer Amtszeit geschieht, sondern auch, welche Voraussetzungen sie für die Arbeit ihrer Nachfolger:innen schaffen. Bei Staatshaushalt und Umwelt ist diese Sicht heute verbreitet, bei der Sicherheitspolitik und ihren Instrumenten muss sie sich wohl noch durchsetzen.

Und damit zurück nach Deutschland: Am 21. Oktober verabschiedete der Deutsche Bundestag die Novelle des BND-Gesetzes, der Bundesrat winkte sie einige Tage später durch. Damit stellt er die Arbeit des deutschen Auslandsgeheimdienstes auf eine neue gesetzliche Grundlage.

Gleichzeitig will der 1. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages in der 18. Wahlperiode (öffentlich meistens als *NSA-Untersuchungsausschuss* bezeichnet) das Ausmaß und die Hintergründe der Ausspähung durch – zunächst – ausländische Geheimdienste in Deutschland aufklären. Im Laufe der Ausschussarbeit stellt sich zunehmend heraus, dass der deutsche Auslandsgeheimdienst BND umfassend in die illegale Ausspähung verstrickt ist.

Dass die Bundesregierung nun einen Gesetzentwurf vorlegt, ohne die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses abzuwarten, ist rechtlich nicht zu beanstanden. Politisch kommt es einer Missachtung, ja Verhöhnung des Ausschusses und damit des Parlaments gleich. Dass der Deutsche Bundestag diesen Gesetzentwurf dann dennoch beschließt, wirft die Frage auf, ob er seine Rolle als Kontrollinstanz der Exekutive und Repräsentant der Bevölkerung überhaupt ernst nimmt. „... *nie dürft Ihr so weit sinken, von dem Kakao, durch den man Euch zieht, auch noch zu trinken*“, schrieb Erich Kästner.

Doch das ist nur das Verfahren – schlimmer ist der Inhalt des Gesetzes. Auch in der *FIF-Kommunikation* wurde bereits darauf hingewiesen: Das Gesetz stellt die Legalisierung der bisher rechtswidrigen Praxis des deutschen Geheimdienstes dar, notdürftig bemäntelt mit wirkungslosen Kontrollinstrumenten. Eine künftige rechtspopulistische Regierung wird sich freuen ...

Wir Deutschen haben aus der Geschichte heraus eine besondere Verantwortung. Alljährlich gedenken wir der Opfer des nationalsozialistischen Terrors und ehren die Menschen, die ihn überlebt haben. Hätten die Nationalsozialisten nur annähernd die heutigen Instrumente der – inneren und äußeren – „Sicherheit“ zur Verfügung gehabt, viele der damals Überlebenden wären dem Regime wohl ebenfalls zum Opfer gefallen.

Meine Damen und Herren des Deutschen Bundestags, des Bundesrats, der Bundesregierung: Denken Sie bei den Entscheidungen, die Sie in unserem Namen treffen, stets auch an mögliche spätere Regierungen, auch an solche, die gegen Demokratie und Menschenrechte handeln könnten! Tun Sie das in Ihrer Macht Stehende, den Bruch von Demokratie und Menschenrechten *strukturell* auch in Zukunft zu verhindern – das bedeutet im Zweifel, auch auf Instrumente zu verzichten, die solche Regierungen gegen die Bevölkerung einsetzen könnten! Das ist Ihre Verantwortung für die Zukunft.

Mit der Verabschiedung des BND-Gesetzes werden Sie dieser Verantwortung nicht gerecht.

Mit FIFigen Grüßen

Stefan Hügel

